

# Brühler Zeitung

Abdruckpreis: Das Blattmeter 6 Hfg., Neblamen 20 Hfg.  
für auswärtig, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gericht-  
liche u. Finanz-Anzeigen 10 Hfg. Neblamen auswärts 30 Hfg.  
Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung  
Amtsblatt der Stadt Brühl  
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108 und 109.

Verkaufspreis: Durch den Voten frei ins Haus oder durch  
die Post monatlich 1.50 RM.  
Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände ver-  
fertigen keine Ersatzanprüche.

Nr. 138

Donnerstag, 14. Juni 1928.

81. Jahrgang.

## Wie gelangen wir zu stabilen Regierungsverhältnissen?

In manchen, ernsthaft gerichteten po-  
litischen Kreisen Deutschlands neigt man  
heute immer mehr zu der Ansicht, daß  
eine stabile und stetige Regierungspolitik  
nur dann hinreichend gesichert sei, wenn  
die Regierung selbst in sachlicher Hinsicht  
unabhängiger wäre vom Zusammenhalt der  
Koalition, die sie schuf, und wenn gesetzliche  
Maßnahmen vorhanden wären, die die  
Mißtrauensvotierung erschweren und die  
unerwünschten und meist auch unverhält-  
nismäßigen Folgen zufälliger Abstim-  
mungsänderungen ausschließen könnten. Ob  
das Mittel richtig ist, ob es nicht auch  
andere Möglichkeiten wäre, die Regierungspoli-  
tik zu stabilisieren, soll hier unerörtert  
bleiben. Wir wollen für heute unterstel-  
len, daß Maßnahmen angebotener Art un-  
umgänglich sind und uns in dieser An-  
nahme an der allgemeinen Diskussion be-  
teiligen. Bevor wir auf die Vorschläge  
eingehen, die in dieser Hinsicht von den  
verschiedenen Seiten her schon gemacht  
worden sind, sei bemerkt, daß für uns Aus-  
sagen ganz undisputabel sind, die auf  
irgend eine Art von Restauration hinaus-  
laufen, die mithin weiter nichts sind, als  
versteckte Versuche, den auf Klassenprivi-  
legien aufgebauten Obrigkeitsstaat wie-  
derherzustellen. Das Feldgeschrei der  
Deutschnationalen im letzten Wahlkampf,  
ihre Forderung nach Abschaffung des Ar-  
tikels 54 der Reichsverfassung und nach  
fast unumschränkter Gewalt des Reichs-  
präsidenten ist ein solcher Versuch der  
Rückentwicklung, den wir ablehnen. Ver-  
schiedene andere Vorschläge gehören sach-  
lich in den hier von uns gesteckten Rah-  
men des positiven Verfassungsaufbaus.  
Doch scheinen sie uns zum Teil so wenig  
praktisch zu sein, daß ihre kurze Anfüh-  
rung genügt.

Der Herr Professor Graf zu Dohna  
hat beispielsweise vorgeschlagen, man möge  
dem Artikel 54, der bestimmt, daß die  
Reichsregierung vom Vertrauen des Reichs-  
tags abhängt, einen Zusatz geben der Art,  
wie ihn der entsprechende Paragraph der  
preussischen Verfassung enthält, und der  
etwa lauten sollte: „Die Verpflichtung zum  
Rücktritt besteht nicht, wenn der Reichsprä-  
sident von seiner Befugnis den Reichstag  
aufzulösen Gebrauch macht“. Diesen Vor-  
schlag können wir nicht unterstützen, weil  
er — schon die Kölnische Zeitung wies  
darauf hin — die Stetigkeit der Regie-  
rung nur auf Kosten des Parlamentes  
erkaufen will. Die praktische Folge würde  
nur die sein, daß entweder das Parla-  
ment aus Furcht vor der Neuwahl nicht  
das tut, was es in seiner Mehrheit für  
richtig hält, oder daß Neuwahlen statt-  
finden könnten, deren Aufwand in kei-  
nem Verhältnis zum Grunde der Auflö-  
sung stehen würde. Auch den an das  
Städterecht sich anknüpfenden Vorschlag des  
Philosophen Horneffer, der zwar das Ver-  
trauen des Reichstages bei der Regierungs-  
bildung für erforderlich hält, aber ver-  
langt, daß die einmal gebildete Regierung  
dann für die ganze Dauer der Legislatur-  
periode, unabhängig davon, ob in der  
Zwischenzeit sich die Mehrheitsverhältnisse  
ändern oder nicht, im Amte bleiben müs-  
se, scheint uns mit dem parlamentarischen  
Gedanken nicht vereinbar zu sein.

Wiel beachtenswerter ist eine Anregung,  
die die Kölnische Zeitung am vergangenen  
Sonntag gab. Das Blatt möchte die Re-  
gierung gegen zufällige Mißtrauensanträ-  
ge dadurch sichern, daß für ein Mißtrau-  
ensvotum dieselbe qualifizierte Zweidrit-  
telmehrheit notwendig sein soll, wie bei  
den Verfassungsänderungen. Wir verken-  
nen nicht, daß dieser Vorschlag wenn er  
Gesetz würde, ein sehr wirksames Mittel

gegen Zufallsbestimmungen und deren un-  
erwünschte Folgen sein würde. Wir hät-  
ten auch nichts dagegen, wenn dieser Vor-  
schlag von allen maßgebenden Politikern  
einmal ernsthaft erwogen würde. Wir  
sind nur nicht damit einverstanden, daß  
für ein Mißtrauensvotum genau dasselbe  
Zahlenverhältnis erforderlich sein soll, wie  
für eine Verfassungsänderung. Und zwar  
aus psychologischen Gründen nicht. Wir  
halten es für besser, daß man im Volke  
auch weiterhin eine Verfassungsänderung  
als den unbedingt schwerwiegendsten Akt  
politisch-parlamentarischer Betätigung ein-  
schätzt, und daß diese Einschätzung auch  
rein technisch in den Bestimmungen über  
seine Herbeiführung zum Ausdruck kommt.  
Wenn man das Problem, wie die Köln-  
ische Zeitung nur mathematisch lösen will,  
müßte man zwischen den Abstimmungszah-  
len einer Verfassungsänderung und denen  
eines Mißtrauensvotums einen prinzipiellen  
Unterschied machen. Aber muß das  
Problem denn durchaus nur mathematisch  
gelöst werden? Wie wäre es, wenn man  
versuchen würde, den eingangs verlan-  
gten Effekt dadurch zu erzielen, daß man  
neben dem Reichstag eine den modernen  
Bedürfnissen angepaßte zweite Kammer  
legt? Wir wissen, daß große Teile un-  
seres Volkes, namentlich die sozialdemo-  
kratisch denkenden Massen dem Zweikam-  
mersystem abhold sind, weil sie befürch-  
ten, die neue Kammer würde den bevor-  
zugten Schichten der früheren Zeit wieder  
zu einer ungehörlichen Machtvolle verhel-  
fen. Selbstverständlich müßte diese Mög-  
lichkeit absolut sicher ausgeschlossen wer-  
den. Daß ein Oberhaus in der Art des  
preussischen Herrenhauses nicht wiederkeh-  
ren darf, versteht sich von selbst. Auch  
die rein berufständische Fundamentierung  
scheint uns wegen der verschiedenartigen  
Lagerung der Interessen nicht zweckmäßig.  
Uns will scheinen, daß man das alles  
ohne große Schwierigkeiten verhindern  
könnte. Wenn die Mitglieder der neuen  
Kammer zu einem Drittel in direkter  
Wahl gewählt, zum zweiten von den Lan-  
dtagen und in Preußen, Provinzialland-  
tagen bestimmt und zum letzten von den  
einzelnen Regierungen ernannt würden,  
wäre nach unserem Dafürhalten eine Wie-  
derkehr eines überlegten, reaktionären und  
wesentlich auf Besitzprivilegien berechneten  
Oberhausstypus nicht möglich. Wenn man  
außerdem für die frei zu wählenden Mit-  
glieder der neuen Kammer ein Wahlrecht  
einführen würde, das auf dem Prinzip der  
Einkammerwahlweise aufgebaut wäre,  
wenn man die Legislaturperiode dieser  
Kammer so einrichten würde, daß sie sich  
mit der des Reichstages nicht deckt, dann  
könnte auf diese Weise ein Regulativ für  
den Reichstag und ein Stabilisierungsfak-  
tor für die Regierungspolitik geschaffen  
werden, der allen billigen Auffassungen,  
die man stellen kann und stellen muß,  
gerecht würde. Es soll auch nicht uner-  
wähnt bleiben, daß eine so eingerichtete  
erste Kammer dem demokratischen Prin-  
zip viel besser entspräche, als es der  
gegenwärtig bestehende Reichsrat tut.

Mit diesen knappen Andeutungen, die  
im übrigen nur als Diskussionsbeitrag und  
nicht als programmatische Festlegung ge-  
dacht sind, möchten wir uns vorderhand  
begnügen. Wir wissen, daß über die Mög-  
lichkeit und die Zweckmäßigkeit des Zwei-  
kammersystems noch mancherlei gesagt wer-  
den kann und gesagt werden muß. Durch  
den reaktionären Mißbrauch der Zweikam-  
meridee in vergangener Zeit sind viele  
psychologische Hindernisse aufgestellt wor-  
den, die noch hinweggeräumt werden müs-  
sen.

## Das Echo Poincares durch Jaleski

Der polnische Außenminister Jaleski hat  
auf der Rückreise von Genf den üblichen Um-  
weg über Paris gemacht, um sich am Qua-  
i d'Oran darüber zu unterrichten, wie er sich  
das Wohlwollen seines Lehrmeisters und  
Brüder, Poincare, auch weiterhin erhal-  
ten kann.

Das schen Herrn Jaleski um so notwen-  
diger, als der kleine Seitenprung von War-  
saw nach Rom und der bisher nicht ganz  
aufgeklärte Zwied der Besprechungen des pol-  
nischen Außenministers mit Mussolini unklar-

sam bemerkt worden waren. Jaleski hat sich  
jedenfalls jetzt in Paris besondere Mühe ge-  
geben, um seine Basallentreue am Qua-  
i d'Oran vor aller Welt zu unterstreichen, nach-  
dem er sich vor einiger Zeit bereits vor dem  
Budgetausschuß des Senats in zuvorkommen-  
der Weise mit der Rheinlanddrängung befaßt  
und sich gegen sie ausgesprochen hatte. Die  
Dreistigkeit, mit der Herr Jaleski auf dem  
von französisch-polnischen Vereinigungen  
in Paris ihm zu Ehren veranstalteten Ban-  
quet gegen Deutschland vom Leder gezogen

hat, indem er völlig im Geiste Poincares und  
des tschechoslowakischen Außenministers Be-  
nesch sich gegen die von Mussolini propa-  
gierten Revisionsgedanken wendet, entspringt frei-  
lich zum erheblichen Teil der Befürchtung, daß  
im Falle einer Revision der Friedensverträge  
und selbständiger Änderung die allerunmöglichsten  
Schönheitsfehler dieser Sachverträge besei-  
tigt werden müßten.

Mit einer unmißverständlichen Anspielung  
auf Deutschland erklärte Jaleski, man möge  
nicht vergessen, daß die großmütigen Be-  
mühungen der internationalen Friedensakti-  
vität mitunter zu Uebergriffen seitens gewis-  
ser Faktoren Anlaß gäben, die in einer dem  
Frieden entgegengekehrten Richtung arbeiten.  
Revisionshintergedanken tragen, heiße für den  
Umsturz der geschaffenen Ordnung arbeiten  
heiße das ganze Gebäude des Friedens in  
Frage stellen. Das Problem der Sicherheit  
spiele daher für Polen, ebenso wie für Frank-  
reich, eine Hauptrolle. Dann aber kommt  
ein besonders dreister Satz. Jaleski hat die  
Unverfrorenheit, sich in die Fragen der Rhein-  
landdrängung mit folgenden Ausführungen  
einzumischen: „Daher sind alle Pfänder, die  
wir haben, und welche die gemeinsame Si-  
cherheit der Alliierten garantieren, von so-

großem Wert, und es könnte uns nicht gleich-  
gültig lassen, wenn man diese Pfänder ohne  
entsprechende Gegenleistung völlig aufbe-  
hebt.“ Wie kommt der polnische Außenminister da-  
zu, die Sicherheit Polens mit der Frage  
der Rheinlanddrängung in Verbindung zu  
bringen? Wie kommt er weiter dazu, „an-  
gemessene Gegenleistungen“ für die Aufga-  
be dieser Pfänder zu fordern? Die Antwort  
ist leicht. Der im Hinblick auf den Ausfall  
der deutschen Wahlen doppelt dreiste Vor-  
stoß von Warschau liegt vollständig in der  
Linie der auch von Paris aus rastlos fort-  
geführten Versuche, dem Westlocomos ein Ost-  
locomos anzufügen. Herr Jaleski hat hin-  
zugefügt, daß auch Polen wie Frankreich,  
eine Normalisierung (1) seiner Beziehungen  
zu allen seinen Nachbarn herbeiführen  
möchte. Er hat die Stirne gehabt, von ei-  
ner ganz ungewöhnlichen Gebuld und Gut-  
willigkeit Polens bei den Verhandlungen mit  
Deutschland zu reden.

Die wirkliche Befriedung Europas wird  
also von einer bestimmten Gruppe mit be-  
sonderer Schärfe nach außen hin erneut sa-  
botiert. In Deutschland wird man diese Vor-  
gänge mit besonderer Aufmerksamkeit ver-  
folgen müssen.

## Moskauer Stimmungen

Katastrophen-Ahnung. — Deutschland eine „ausgepreßte Zitrone“.

Ein sehr anschauliches Bild der heute  
in der roten Hauptstadt herrschenden Stim-  
mungen entwirft der Moskauer Geheimkor-  
respondent des „Sozialistischen Voten“.

In den Kreisen politisch aktiver Kom-  
munisten hört man immer häufiger den  
Ausdruck der Ueberzeugung, daß ein Krieg  
gegen die Sowjetunion bereits in nächster  
Zeit unvermeidlich sei. Alles läuft darauf  
hinaus. Man will uns auf die Knie zwin-  
gen. Wie während des Weltkrieges wird  
dieser kommende Krieg gegen uns aus ir-  
gend einem geringfügigen Anlaß entbren-  
nen. — Aber was kann dann die Sow-  
jetunion von diesem Kriege erhoffen? Wir  
werden doch gegen uns die stärksten Welt-  
mächte haben. — „Wie eingewurzelt sind  
doch diese Vorstellungen von unserer Ohn-  
macht im Falle eines Krieges“, erwiderte  
hierauf der kriegslustige Kommunist und  
erklärte, worin die Trümpfe Sowjet-Ruß-  
lands bestehen. „Erstens wird es zu kei-  
ner Einheitsfront gegen uns kommen. Denn  
die Gegensätze zwischen den Großmächten  
sind groß, und wir haben es gelernt, sie  
auszuspielen“. Noch mächtiger aber ist der  
zweite Trumpf. „Wir werden durch die  
Methoden des Bürgerkrieges der Front  
unserer Gegner einen Dolchstoß in den Rücken  
versetzen. Die Zeiten des Burgfriedens  
gegen uns sind unwiderbringlich da-  
hin. Zum dritten aber: wird nicht so-  
schon ausgerechnet, wie mancher aus-  
wärtiger Generalstab es glaubt.“

Interessant sind die Auslassungen vor  
allem als das Ähnen einer Katastrophe,  
das auch von vielen anderen Kommunisten  
geteilt wird, wobei sie offenmütig nicht

nur von einer äußeren, sondern zugleich  
auch von einer inneren Katastrophe als un-  
vermeidlich sprechen.

Das zweite Moment, das die gegenwär-  
tige Stimmung kennzeichnet, ist die schar-  
fe Wendung im Verhältnis zu Deutsch-  
land. „Die Annäherung an Deutschland  
ist für uns ein überwindener Standpunkt“,  
erklärte dem Korrespondenten ein hervor-  
ragender Kommunist. „Deutschland ist für  
uns eine ausgepreßte Zitrone. Wir brau-  
chen jetzt einen anderen Spielpartner. Wo-  
zu sollen wir unsere maßlose Ausbeu-  
tung aus Deutschland beziehen, wo sie  
bereits beim Ausgang aus der Fabrik ver-  
altet ist? Aus den Vereinigten Staaten  
müssen wir uns das technisch Vollkommen-  
ste holen. Kredite? Aber wozu brauchen  
wir sie von Deutschland zu beziehen, das  
ja selber eine Anleihe nach der anderen  
in Amerika auflegt? Dort gibt es mehr  
freies Kapital und billiger. Gewiß, wir  
werden nicht alles Geld, das wir benö-  
tigen, und das in die Milliarden geht,  
von Amerika erhalten. Wohl aber die Ma-  
schinen, die wir brauchen. Sollte aber die  
Kreditfrage in ihrem ganzen Umfange auf  
werden, so ist ja Rußland an Naturschätzen  
reich und wir werden um eine Garantie-  
leistung nicht verlegen sein. Muß man  
schon einen Wucherer ansetzen, dann die  
allerreichsten.“

Der Korrespondent des S. V. spricht im  
Anschluß daran die nicht unbegründete  
Vermutung aus, daß diese Fanfarenreden  
den geheimen Zweck haben, auf Deutschland  
einzuwirken und dieses nachgiebiger zu  
machen.

## Die Bemühungen um die Regierungsbildung

Die Forderungen der Parteien

Berlin, 13. Juni. Die Reichstagsfrak-  
tion der Deutschen Volkspartei trat heute  
mittag zu einer Sitzung zusammen, um die  
allgemeine politische Lage zu besprechen. Nach  
einer parteioffiziösen Auslassung kam man  
in dieser Sitzung noch zu keiner abschließen-  
den Stellungnahme bezüglich der Regierungsbil-  
dung. Interessant ist, daß der volkspar-  
teiliche Bericht zur Regierungsbildung aus-  
drücklich betont, daß die Umbildung der preu-  
sischen Regierung gleichzeitig mit der Bil-  
dung des Reichskabinetts für die Deutsche  
Volkspartei von ausschlaggebender Bedeu-  
tung sei. Infolge dessen ist denn auch am  
Mittwochmittag über diese Angelegen-  
heit zwischen den volksparteilichen Fraktio-  
nen des Reichstages und des preussischen  
Landtages eingehend verhandelt worden.

Weiter wird jedoch betont, daß bei der  
am Mittwochvormittag erfolgten Beratung  
der Deutschen Volkspartei auch die Frage  
eine große Rolle spielte, wie die Reichswehr  
gegen mögliche „sozialdemokratische Zer-  
störungsversuche“ gesichert werden könnte. Ein-

mütig wurde dabei die Ansicht laut, daß  
ein Regierungseintritt für die Deutsche Volks-  
partei solange nicht in Betracht kommen  
könne, als nicht die Sozialdemokraten hin-  
sichtlich dieser Frage bindende Zusicherungen  
gegeben haben. Auch Garantien für die un-  
gestörte Fortsetzung des vielumstrittenen Pan-  
zerkreuzerbaues dürfte die Deutsche Volks-  
partei verlangen.

Im übrigen scheint auch das Zentrum den  
Standpunkt zu vertreten, daß seine Betei-  
ligung an der Regierungsbildung die Vor-  
legung eines klaren und allgemein verständ-  
lichen Regierungsprogramms erfordert. Das  
Zentrum verlangt nach dem „Deutschen“,  
dem Organ Siegenerwalbes, daß mindestens die  
Frage des Schulgesetzes und bestimmte  
Agrarprobleme in der Regierungserklärung  
programmatisch festgelegt werden. Nach der  
„Germania“ gipfelt die Zentrumsforderung  
in der Herstellung einer wirklich stabilen Re-  
gierungsmehrheit. Die Demokraten wollen  
zwar keine konkreten Forderungen, aber, so-  
fern dies von anderer Seite geschieht, auch  
ihre Ansprüche in Bezug auf den Ein-  
heitsstaat und die Wahlreform anmelden.

Unter solchen Umständen ist auf eine schnelle  
Regierungsbildung im Reich wohl kei-  
nensfalls zu rechnen.

## Politische Neuigkeiten

Am 16. Juni werden in Wien die österreichischen Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien und am 18. mit Deutschland aufgenommen.

Am 16. Juni wird aus Warschau gemeldet, daß der seit langer Zeit schwer leidende Marschall Piłsudski soweit wieder hergestellt ist, daß er seine Dienstgeschäfte wieder aufnehmen kann.

Die griechische Kammer hat eine Vorlage für einen Handelsvertrag zwischen Griechenland und der Sowjetunion abgelehnt.

Die indische Regierung hat den Kellogg-Pakt angenommen und durch das Sonder-Auswärtige Amt der amerikanischen Regierung ihre Zustimmung mitteilen lassen.

### Reichspräsident von Hindenburg geht im August in Urlaub

Berlin, 13. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg wird am 17. August wieder zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub auf dem Gut der Baronin von Schilken in Dietramszell zwischen Holzkirchen und Bad Tölz eintreffen, wo der Reichspräsident nun schon zum vierten Male hintereinander den größten Teil seines Urlaubs verbringen wird.

### Vorstandswahl der Zentrumsfraktion des Landtags im Herbst

Berlin, 13. Juni. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat die Neuwahl des Fraktionsvorstandes bis zum Herbst zurückgestellt. Bis dahin bleiben die bisherigen Vorsitzenden die Abgeordneten Dr. Porck, Herold und Steger und der Abg. Graß bleibt Geschäftsführer der Fraktion.

### Die erste Reichstagsitzung

Berlin, 13. Juni. Die heutige erste Sitzung des neu gewählten Reichstages verlief programmgemäß und ohne jede Störung. Vor der Sitzung fand für die katholischen neuen Reichstagsabgeordneten ein feierliches Gottesamt im Schwibsbogen statt, das von dem Abgeordneten Pfarrer Witzke (Zentr.) geleitet wurde. Die katholischen Minister und Abgeordneten der Zentrumsfraktion und der Bayerischen Volkspartei waren vollständig erschienen. Pünktlich um 3 Uhr eröffnete der Alterspräsident Abg. Bod-Gotha (Soz.) die Sitzung und widmete zunächst den Hinterbliebenen der Opfer der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe einen herzlichen Nachruf des Reichstages, wobei sich das gutbesetzte Haus von seinen Plätzen erhob. Dann wies der Alterspräsident in wenigen Sätzen auf die bevorstehenden großen Aufgaben des Reichstages, namentlich in sozialpolitischer Beziehung, hin. Als der Alterspräsident erklärte, der Reichstag könne die große Not mindern, erwiderten die Kommunisten und Nationalsozialisten, er könne wohl, tue es aber nicht. Dann wurde der übliche Namensaufruf von dem Schriftführer vorgenommen. Auch diese umständliche Prozedur verlief ungestört, wenn man von einigen Zwischenrufen der Kommunisten und Nationalsozialisten absieht. Auf den Kommunisten wurde von den Sozialdemokraten mit lauten Zurufen hingewiesen, der in der Uniform des Frontkämpferbundes mit roter Armbinde im Saale erschienen war. Nach Schluß der Namensnennung stellte der Alterspräsident die Unversehrtheit von 462 Abgeordneten fest, jedoch das Haus beschlußfähig war. Damit war die erste Sitzung beendet. Es wurde dann noch eine Reihe von eingegangenen kommunistischen Anträgen verlesen und beschlossen, sie auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

### Der Handelsminister vor dem Landtag

#### Die schwierige Lage im Ruhrbergbau.

Berlin, 13. Juni. Der preussische Landtag behandelte heute zunächst kleinere Vorlagen. U. a. wurde ein Gesetzentwurf über die Vereinigung Walbeds mit Preußen nach Erledigung in erster Lesung dem Ausschuss überwiesen.

Zur Beratung stand dann ein kommunistischer Antrag über Bergarbeiterentlassungen im Ruhrgebiet. Hierzu führte Dr. Schreiber aus, daß die Schwierigkeiten am internationalen Kohlenmarkt so groß seien, daß nur durch eine Verständigung der einzelnen bergbaureisenden Länder Abhilfe geschaffen werden könne. Selbst die Regierungen seien ein internationales Problem geworden, die in der scharfen Konkurrenz des Auslandes erklärten. Die Preispolitik des Kohlen Syndikats könne von Arbeitnehmern nicht angefochten werden, zumal dadurch mehrere Tausende Bergleute in Deutschland mehr beschäftigt werden können. Die Arbeitsmarktlage im Ruhrbergbau habe sich zwar gebessert, trotzdem sei ein Rückgang des Absatzes von über 20 vom Hundert festzustellen. Diese Absatzminderung dauere durch Feiertagen auszugleichen, sei

aber nicht tragbar. Die Aussprache über die kommunistischen Anträge wurde heute nicht mehr beendet.

Nächste Sitzung: Donnerstag um 12 Uhr.

### Die neuen Abgeordneten im Wahlkreis Köln-Nach

In der öffentlichen Sitzung des Kreiswahlausschusses am 5. Juni 1928 wurden für gewählt erklärt:

#### Reichstag:

Sozialdemokraten: 1. Solimann Wilhelm, Redakteur, Köln; 2. Schiffgens, Luise, Hausfrau, Nach; 3. Böcker, Hans, Angestellter, Köln.

Deutschnationale: 1. Wallraf, Max, Staatsminister a. D., Berlin.

Zentrum: 1. Joss, Josef, Schriftleiter, M.-Gladbach; 2. Teusch, Christine, Fr., Lehrerin, Köln-Ehrenfeld; 3. Hermes, Dr., Andreas, Reichsminister a. D., Berlin-Dahlem; 4. Esser, Thomas, Genossenschaftsleiter, Gusskirchen; 5. Sinn, Josef, Kaufmann, Nach; 6. Gerig, Otto, Kaufm., Angestellter, Köln-Deutz.

Deutsche Volkspartei: 1. Moldenhauer, Dr., Paul, Univ.-Prof., Köln-Braunsfeld.

Kommunisten: 1. Stöcker, Walter, Redakteur, Berlin-Wilmersdorf; 2. Winterich, Jean, Metallarbeiter, Köln-Ehrenfeld.

#### Landtag:

Sozialdemokraten: 1. Haas, August, Beigeordneter, Köln; 2. Kirchmann, Rühl, Elisabeth, Hausfrau, Köln; 3. Fries, Philipp, Schneider, Köln; 4. Forst, Emil, Landwirt, Gusskirchen (Kr. Gummersbach).

Deutschnationale: 1. Schwecht, Ludwig, Gutsbesitzer, Haus Dirlau, Gemeinde Sievernich, Kreis Düren.

Zentrum: 1. Lauscher, Dr. Albert, Universitätsprofessor, Bonn; 2. Bauer, Dr. Amalie, Studienrätin, Köln; 3. Harisch, Peter, Gewerkschaftsbeamter, Hergenrath; 4. Hofmann, Karl, Hauptgeschäftsführer, Bonn; 5. Farwick, Wilhelm, Oberbürgermeister, Nach; 6. Jensen, Peter, Verleger, Bad Godesberg; 7. Hebborn, Gerhard, Gewerkschaftsfunktionär, Solingen; 8. Bönar, Friedrich, Landrat a. D. Rechtsanwalt, Köln-Braunsfeld; 9. Bachem, Emma, Hausfrau, Köln-Winterich; 10. Schönering, Dr. Leo, Studienrat, Köln-Braunsfeld.

Deutsche Volkspartei: 1. Heilmann, Dr. Max, Rechtsanwalt, Köln; 2. Rosenhausen, Dr. Paul, Landgerichtsdirektor, Nach.

Kommunisten: 1. Winterich, Jean, Metallarbeiter, Köln-Ehrenfeld; 2. Kerff, Willi, Lehrer, Baefler-Quartier, Landkreis Nach.

Demokraten: 1. Fall, Bernhard, Justizrat, Köln.

Wirtschaftspartei: 1. Klant, Dr. Hermann, Generalsekretär, Köln-Klettenberg.

### Die Not der Grenzgebiete

#### Ein Antrag im Reichstag

Berlin, 12. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Besserung der Notlage in den westlichen und östlichen Grenzgebieten

a) die sofortige Auszahlung der im Grenzfonds für 1928 bereitgestellten Mittel zu veranlassen, damit die vorgesehenen Bauten und sonstigen Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen und ausgeführt werden können,

b) für die beschleunigte Abgeltung der durch die Grenzbeziehungen entstandenen Schäden Sorge zu tragen,

c) baldigst eine Erhebung über Art und Umfang des Rückganges der Wirtschaft in den bedrängten Grenzgebieten und im besetzten Gebiet durchzuführen und das Ergebnis dieser Erhebungen in einer Denkschrift dem Reichstag in seiner Herbsttagung vorzulegen,

d) mit dieser Denkschrift eine Vorlage betreffend umfassende Hilfsmassnahmen zur Erhaltung und Förderung der Wirtschaft in den genannten Gebieten zu verbinden.

### Die Winzernot

#### Ein Zentrumsantrag im Landtag

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der sich mit der Notlage im Weinbaugbiet befaßt. Es wird auf die Anfrage vom 14. Mai hingewiesen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Weinbaugbiete der Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Wiesbaden und Köln von schwerem Frost heimgesucht worden sind.

Durch die inzwischen erfolgten amtlichen Feststellungen habe sich bestätigt, daß die Frostverwüstung in zahlreichen Bezirken der Mosel, des Rheins, der Nahe, Mosel, Saar und Ruwer bis zu 100 Prozent gehen. Diese Vernichtungen bedeuten nicht nur einen völligen Verlust der diesjährigen, sondern größ-

enteils auch der nächstjährigen Ernte. Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, zur Besserung der Notlage der betroffenen Winzer

1. die fällig gewordenen und im Rechnungsjahr fällig werdenden Staatssteuern zu stunden bzw. zu erlassen und bezüglich der Reichssteuern auf die Reichsregierung in gleichem Sinne einzuwirken;

2. im Wege einer Notstandsaktion den betroffenen Gemeinden durch Schadloshaltung für die entstehenden Ausfälle die Niedererschlagung der Realsteuernzulage zu ermöglichen;

3. mit der Reichsregierung wegen Niedererschlagung der Winzertreibe in Verbindung zu treten;

4. den besonders schwer betroffenen Winzern durch Wirtschaftshilfen oder sonstige geeignete Maßnahmen über die Krise hinwegzuhelfen;

5. den Weinbergwegebau unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel fortzusetzen.

### Das neue Ausnahmegegesetz für Eupen-Malmedy

#### Protest vor der Kammer

Brüssel, 13. Juni. Der sozialistische Abgeordnete Sommershausen hatte am Dienstag in der belgischen Kammer eine Intervention wegen des neuen Ausnahmegesetzes für Eupen-Malmedy eingebracht. Darin wird u. a. auf die in Eupen-Malmedy herrschenden ungesunden Zustände hingewiesen. So sei der Bevölkerung ein Bürgermeister aufgedrungen worden, der statt der gesetzlichen 10 000 Franken 65 000 Franken erhalte. Wenn in den beiden Gebieten die belgischen Gesetze nicht so zur Anwendung gelangen wie in dem übrigen Belgien, dann müßten sich die Einwohner Eupen-Malmedys als Bürger zweiter Klasse fühlen. Der belgische Innenminister Carnoy wies in seiner Antwort auf die „Hartnäckigkeit“ der Eupener hin und sprach die Hoffnung aus, daß „die mangelhaften Zustände bald verschwinden würden.“ Dieses allgemeine Bedauern des Ministers genügt jedoch dem Abg. Sommershausen nicht und er brachte einen Antrag ein, wonach das Haus die Ernennung des Bürgermeisters Zimmermann bedauere. Das Haus war jedoch, da die Rechte den Saal verlassen hatte, beschlußunfähig.

### Zum Bericht des Generalagenten

#### Die Aufnahme in Berlin

Berlin, 12. Juni. Was den Gesamteindruck des Berichtes des Reparationsagenten auf maßgebende deutsche politische Kreise betrifft, so wird hier mit Befriedigung festgestellt, daß die Ausführungen Parter Gilberts von einer erfreulichen Sachlichkeit sind und sich von jeder Schärfe ferngehalten haben. Auch, daß der Reparationsagent die verschiedenen Reformen der Reichsregierung, namentlich auf dem Gebiete der Haushaltsführung und der Anleihepolitik anerkannt hat, wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Das alles kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Reparationsagent seinen Standpunkt gegenüber dem letzten Bericht im wesentlichen nicht geändert hat und auch seine aus dem vielverwöhnten Memorandum bekannten Beanstandungen u. Vorwürfe grundsätzlich aufrechterhält. Auch aus den Schlussworten geht hervor, daß Parter Gilbert, seine bisherige reparationspolitische Linie weiter verfolgen will.

### Fügt sich Polen der Schulterscheidung des Völkerbundes?

Die deutsche Völkerbundsdelegation ist am Montag wieder in Berlin eingetroffen. Herr von Schubert, der Führer der Delegation, wird den zuständigen Stellen, darunter auch dem Reichsaussenminister einen Bericht über die internen Vorgänge im Verlaufe der diesmaligen Ratstagung erstatten. Bekanntlich hat der deutsche Delegationsführer mit verschiedenen Staatsmännern, darunter mit Chamberlain, längere Unterredungen gehabt. Für Deutschland ist das wichtigste Ergebnis der diesmaligen Tagung die am letzten Tage erfolgte Entscheidung über die oberösterreichischen Schulfragen.

Aus den Erklärungen des polnischen Außenministers, wonach dem Völkerbundsrat nicht das Recht zur Intervention in der Schulfrage zustehe, ist leider schon zu entnehmen, daß mit der Empfehlung des Rates an Polen, diese Frage im Geiste der Minderheitenkonventionen zu behandeln, die Angelegenheit ihren befriedigenden Abschluß noch nicht finden dürfte. Die Praxis der polnischen Behörden besonders in Ost-Oberschlesien geht dahin, in ähnlicher Weise die Entscheidung dieses Gremiums durchzuführen, wie es sonstigen Italiens Südtirol gegenüber geschieht. Polen erblickt in den Minderheitenvereinbarun-

gen keine juristische, sondern nur eine moralische Verpflichtung, über die es sich mit weitem Gewissen hinwegsetzt. So hat sich der Völkerbundsrat zwar auch diesmal in der oberösterreichischen Schulfrage im wesentlichen den deutschen Standpunkt zu eigen gemacht, eine praktische Bedeutung dürfte diese Stellungnahme aber auch diesmal nicht haben. Es muß vielmehr diplomatischen Sonderverhandlungen zwischen Polen und Deutschland vorbehalten bleiben, hier einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen, der es dem Deutschtum Ost-Oberschlesiens ermöglicht, seiner kulturellen Einstellung gemäß sich einzurichten.

### Hoover ausichtsreichster Kandidat

Newyork, 13. Juni. In Kansas-City fand die Eröffnungssitzung der 19. nationalen Konvention der republikanischen Partei statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Ernennung des Präsidentschaftskandidaten. Die ersten Abstimmungen sollen am Donnerstag erfolgen. Nach den Entschlüssen mehrerer Delegationen der Staaten, die sich für Hoover entschlossen haben, ist dessen Aufstellung als Kandidat im ersten Wahlgang als gesichert anzusehen.

### Der Ehecheidungsprozess des Prinzen Karol

Brüssel, 12. Juni. Prinz Karol von Rumänien hat einen belgischen Advokaten mit der Verteidigung in seinem Ehecheidungsprozess gegen die Prinzessin Helene von Griechenland beauftragt. Prinz Karol erklärte, daß es die Pflicht der Prinzessin gewesen wäre, ihm mit ihrem Kinde gemeinsam ins Ausland zu folgen. Mit Frau Rubescu habe er nur in freundschaftlichen Beziehungen gestanden.

### Internationale

#### Katholische Woche in Köln

Vom 16. bis 21. Juni findet in Köln eine Internationale Katholische Woche statt, die von dem Internationalen Katholischen Komitee für die Presse veranstaltet wird.

In hierzu geschaffenen fünf Arbeitsgemeinschaften sollen die für das katholische Geistesleben der Gegenwart brennenden Fragen der Presse, des Buches, des Rundfunks, des Films und des Theaters behandelt und zu zeitgemäßen Ergebnissen gefördert werden. Die Arbeitsgemeinschaft für die Presse wird sich vor allem mit der großen, die ganze katholische Welt stark bewegenden Frage der Information zu beschäftigen haben. Unabwiesbar ist das gute Buch, die Gestaltung der Verlagsmöglichkeiten, die Förderung ihrer Interessen durch Zusammenschluß werden in der Arbeitsgemeinschaft des Buches zur Rede stehen. Für Kino und Radio geht es um die Anregung ständiger internationaler katholischer Zusammenarbeit auf dem Wege der Produktionsgemeinschaft, des Verleihes und des Austausch, auch von Erfahrungen und Programmen. Die Arbeitsgemeinschaft für Theater erstrebt Anregungen positiver Art für die Mitarbeit der Katholiken am Kulturtheater und für den Zusammenschluß der am Theater Interessierten.

Die Internationale Katholische Kulturwoche hat das folgende

#### Tages-Programm:

**Samstag, 16. Juni:** 20 Uhr: Jungwache Zusammenkunft im Stapelhaus (Kl. Soz.), Köln, Frankfurterstr. 33.

**Sonntag, 17. Juni:** 9.30 Uhr: Pontifikatamt im hohen Dom. 11 Uhr: Festversammlung in der großen Messehalle. 11.30 Uhr: Festversammlung des Augustinusvereins im Gürzenich anläßlich seines 50jährigen Jubiläums. 16 Uhr: Führung durch die katholische Sonderchau.

**Montag, 18. Juni:** 10 Uhr: Plenarsitzung im Kongressaal. 11 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für die Presse im Kongressaal. 11 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für den Rundfunk im Sitzungssaal. 15 Uhr: Führung durch die Presse. 20 Uhr: Dichterabend im Kongressaal der Presse: Vortrag Universitätsprediger Dr. Grojke: „Religiöse Dichtung“. Rezitationen, Sologefang.

**Dienstag, 19. Juni:** 10 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für die Presse im Kongressaal. 10 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für den Rundfunk im Sitzungssaal. 15 Uhr: Führung durch die Presse. 20 Uhr: Festaufführung im Schauspielhaus: Moll's „Nachfolge Christi“.

**Mittwoch, 20. Juni:** 10 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für das Buch im Kongressaal. 10 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für den Film im Sitzungssaal. 15 Uhr: Führung durch die Stadt Köln. 20 Uhr: Festbankett der Stadt Köln im Gürzenich.

**Donnerstag, 21. Juni:** 10 Uhr: Arbeitsgemeinschaft für Theater im Kongressaal. 15 Uhr: Führung durch die Stadt Köln. 20 Uhr: Festaufführung im Emelka-Theater, Hochhaus (herausragende Werke katholischer deutscher Filmproduktion).

Einladungen an sachkundige Persönlichkeiten des In- und Auslandes sind ergangen. Bei der Wichtigkeit der für die Internationale Woche ins Auge gefassten Ziele und der so günstigen Gelegenheit, die die große Pressechau zu einer Zusammenkunft gerade in Köln bietet, liegen bereits Anmeldungen aus aller Welt vor, so daß von der geplanten Kulturwoche erspriessliche Arbeit erwartet werden darf.

Un den im Rahmen der Woche stattfindenden Abendveranstaltungen am 18. Juni (Dichterabend), 19. Juni (Moll's Nachfolge Christi) und 21. Juni (Festaufführung im Emelka-Theater) ist die lebhafteste Teilnahme aller Katholiken erwünscht. Für den Dichterabend ist lediglich eine Abendkarte zur Presse erforderlich, für das Nachfolge Christi Spiel von Moll gelten die üblichen Theaterpreise und die Preise im Emelka-Theater werden sich zwischen 1.— und 2.— halten.

# Brühl und Umgebung

Brühl, 14. Juni 1928.

## Wogende Kornfelder vor der Stadt

Draußen, vor den Toren der Stadt, fährt der Wind schon über wogende Kornfelder. Wir in der Stadt merken nur wenig von dem ständigen, nie aufhörenden Werden und Vergehen in der Natur. In wenigen Wochen ist das Korn in die Halme geschossen. Der Wogende trägt schon Lehren. Noch stehen sie steil, stolz und aufrecht, doch bald, wenn der Blütenstaub wie feiner Rauch über die Felder weht, werden sich die Ähren unter der Last der reifenden Frucht beugen. Die Roggenfelder schimmern blaugrau. Gelbgrün dehnen sich die Weizen mit der früh reifenden Gerste. Frisch und saftig grün stehen dagegen die mit Hafer und Weizen bestellten Felder ab. Der Wind weht über die Kornfelder, und wie Wellen des Meeres fluten die Halme unter dem Druck des Windes. Bis jetzt ist die Feldfrucht überall in dieser Gegend prächtig geblieben, so daß die Landleute auf eine zufriedenstellende Ernte hoffen dürfen. In wenigen Tagen beginnt schon der erste Grabschnitt, der ebenfalls eine reiche Ernte an Heu erwarten läßt. Eine dunklere Färbung hat das Laub der Bäume angenommen. Die vielen Wäldchen in dem Grün der Blätter sind durch die Kraft der Sonne verwischt worden. Der drängende Frühling macht dem Sommer Platz. Bald folgt der unruhigen Zeit des Knospens und Wühlens die stille Zeit des sommerlichen Reisens.

Der Kartell der christlichen Gewerkschaften von Brühl und Umgebung. Am Samstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, findet eine wichtige Kartellversammlung im Lokale Griesberg, Brühl, 14. Juni, statt. Neben den Kartelldelegierten sind auch alle Vorstände der im Kartell vereinigten Berufsverbände eingeladen. Die Tagesordnung wird bei Beginn der Tagung bekanntgegeben.

Die Erntefestung ist morgen nachmittag 2 Uhr in der Stadthalle.

Die Gewerkschaften. 25 Jahre besteht heute die Gewerkschaft des Herrn Anton Feuer, 14. und Bonnhofstraße. Im letzten Umkreise genießt die Gewerkschaft einen guten Ruf und manchem laihnen Gaul hat er wieder auf die Beine geholfen.

Die Gewerkschaften für Freitag. Trocken, zu nächst viel zu heiß, aber bei rasch ansetzenden Temperaturen. Später mehr bewölkt und Gewitterneigung.

Die Erdbeere ist die erste Frucht, die durch ihren würzigen Geschmack uns erfreut. Sie ist der bunteste Herbst, der das baldige Erscheinen des Sommers mit seiner von nun an stets zunehmenden Fruchtfolge verbannt, die nicht nur zur angenehmen Befriedigung zarten Geschmacks dient, sondern sich auch gesundheitsfördernd durch allgemeine blutreinigende und appetitanregende Wirkung auszeichnet. Fruchtstücke sind das beste Mittel gegen brennenden Durst an heißen Tagen! Man sollte sie zu diesem Zwecke anwenden. Erdbeeren sind auch ein vorzügliches Mittel gegen Rheumatismus. Schon der berühmte Naturforscher Linne hatte das gefunden. Der reine Instinkt führte ihn auf diese Früchte, nachdem er verschiedene ärztliche Mittel umsonst angewandt hatte. Am besten wirken sie, gleich dem Morgenstau reichlich genossen. Mit Recht werden sie jetzt in immer größerem Maße angebaut.

Lehrjahre und Organisationsfreiheit. Es wird uns geschrieben: Beihilfen wird in Einzelfällen nahe gelegt, nicht in eine Gewerkschaft einzutreten oder sogar der Eintritt verboten. Die Arbeitgeber verstoßen dann gegen Artikel 159 der Verfassung des Deutschen Reiches, der die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Man versucht bisweilen, die Bestimmungen durch Sonderbestimmungen in das Gegenteil zu verzerren. Wenn wird dabei auf die väterliche Zucht des Lehrherrn hingewiesen. Auch glaubt man, daß Lehrlingen aus privatrechtlichen Gründen die freie Disposition über ihre Person nicht zustehe. Die Auslegung des Wortes „jedermann“ im Artikel 159 könne kaum zu der Konsequenz führen, daß schließlich jedem, also auch Lehrlingen, die Koalitionsfreiheit gewährleistet ist. Die Vereinigungsfreiheit gilt auch für Minderjährige. Der Lehrling hat durchaus das Recht, mit Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters (Vater oder Vormund), den Berufsverbänden usw. beizutreten. Der Beitritt des Lehrlings zu einer Vereinigung zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen kann nicht von der Zustimmung des Lehrherrn abhängig gemacht werden. Wären, die die Vereinigungsfreiheit einschränken suchen, sind nichtig.

Völkchen: Unfall. Ein zehnjähriges Kind von hier, kletterte beim Spielen auf einen Baum, fiel herunter und brach einen Arm. Vor zwei Jahren hatte das Kind auf die gleiche Weise denselben Arm gebrochen.

Völkchen: Glück muß der Mensch haben. Ein hiesiger Einwohner ging mit seiner Frau und seinem dreijährigen Kinde zur Beisa. Dort lag er das Kind von einer Kasse verkaufen in ein Los ziehen und gewann damit 100 Mark, die ihm sofort ausbezahlt wurden. Die Freude über den Glücksfall war natürlich groß.

Völkchen: Diebstahl. Einem hiesigen Landwirt und Marktschlichter wurde von einem kürzlich frisch bestellten Acker der größte Teil der Selleriepflanzen gestohlen. Diebstähle von Salat und Salsogen kommen hier jetzt häufiger vor.

Völkchen: Tödliches Unglück. Ein Driftfahnder war mit Arbeiten an einem Motor seines Lastwagens beschäftigt, als seine Kleider plötzlich durch eine aus dem Motor schlagende Stichflamme in Brand gesetzt wurden. Obwohl rasch Hilfe zur Stelle war, hatte der Bedauernswerte doch schon solche starke Brandwunden erlitten, daß er daran gestorben ist. Der Wagen ist zum allergrößten Teile zerstört.

## Gottesdienstordnung

Katholische Pfarrkirche Brühl.  
Freitag, den 15. Juni 1928. Fest des hl. Jergens Fest.

6 Uhr: Aussetzung des Allerheiligsten und erste hl. Messe (für die Männer und Jünglinge).

7.10 Uhr hl. Messe für die Schulkinder.

8 Uhr (nicht 8.15) feierliches Hochamt für alle Familien der Pfarre. — Abends 8 Uhr: Sühnefeier mit Predigt und Weihe der Familien.

## Zusatzrenten. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene

In der mit Wirkung vom 1. April in Kraft getretenen neuen Fassung der Zusatzrentenbestimmungen ist vom Reichsarbeitsministerium angeordnet worden, daß die Zusatzrente nur dann gekürzt oder entzogen werden darf, wenn das Einkommen eines im Haushalt lebenden Kindes die Grenzen überschreitet, die für einen Kriegsbeschädigten selbst die Gewährung der Zusatzrente nicht mehr zulassen würden. Diese Grenzen betragen je nach der Ortschaft 105 bis 120 Mark monatlich. Die Zusatzrente darf aber erst dann entzogen werden, wenn das über diese Beträge hinausgehende Einkommen für die Beschädigten und Hinterbliebenen zum Abzug der Zusatzrente selbst vorgeschriebenen Einkommensgrenzen überschreitet. Demnach fällt die Zusatzrente fort, wenn ein Kind einer Kriegswitwe ein Gesamteinkommen von 201 Mark in der Sonderklasse oder 176 Mark in der Klasse D hat. Diese Regelung ist besonders für ländliche Verhältnisse gegenüber der früheren Regelung eine Verbesserung. Es haben sich aber unter den Berufsverhältnissen in Städten und in Industriegebieten daraus doch Benachteiligungen heraus ergeben, weil bei Anwendung dieser neuen Vorschrift die Zusatzrente von Kriegswitwen gekürzt oder ganz entzogen wurde, obwohl nach den früheren Bestimmungen bei gleichen Einkommensverhältnissen die volle Zusatzrente zahlbar war. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr auf Vorschlag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten angeordnet, daß stets die günstigere Regelung anzuwenden ist. Ruinanten des Versorgungsrechts, die nach der früheren Regelung nicht zurückgegriffen werden, können und Beschädigten, die vor dem 1. April Zusatzrente bezogen haben, ist diese in der alten Höhe weiter zu zahlen.

## Leichte Besserung des kaufmännischen Stellenmarktes

Der kaufmännische Stellenmarkt bleibt auch in diesem Jahre in seiner Entwicklung wieder hinter dem allgemeinen Arbeitsmarkt zurück. An der Abnahme der Arbeitslosigkeit in den Arbeiterberufen seit Ende Januar haben die kaufmännischen Angestellten keinen Anteil. Der nach der nicht unbedeutenden Erhöhung der Stellenlosen im April neuerdings eingetretene Rückgang blieb in mäßigen Grenzen, so daß auch Ende Mai die Stellenlosigkeit im kaufmännischen Beruf noch größer war, als am Jahresanfang. Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschen Handels- und Gewerbevereins haben sich im Mai infolge der Reichstagswahl vielfach vorübergehende Arbeitsmöglichkeiten. Auch das Angebot an festen Stellen war etwas besser. Ältere, befähigte Kräfte wurden vereinzelt gesucht. Die große Mehrzahl der offenen Stellen blieb nach wie vor jüngeren und jüngsten Kräften vorbehalten.

Die in den Mai fallenden Vierteljahrskündigungen bewegen sich, soweit feststellbar, in normalen Grenzen. In Berlin und Ostdeutschland waren sie geringer, während aus Süddeutschland umfangreichere Kündigungen gemeldet wurden. An verschiedenen Plätzen wurden eben ausgetretenen jungen Gehilfen nachträglich noch gefunden. Trotz der weiterhin lebhaften Nachfrage nach jungen Kräften, dürften sie nur schwer wieder in Stellung unterkommen können, weil sie vielfach nur über recht mangelhafte Kenntnisse verfügen. Der z. T. nur zeitmäßigen Verschlechterung der Beschäftigungslage in verschiedenen Industriezweigen steht Belebung in anderen Geschäftszweigen, insbesondere der Spekulation, im Hotel- und Vergnügungsgewerbe usw. gegenüber. Der durch die Kündigungen eintretenden neuen Belastung des kaufmännischen Arbeitsmarktes dürfte somit eine fast ebenso starke Entlastung gegenüber stehen. In der nächsten Zeit ist also kaum mit einer wesentlichen Veränderung der Lage zu rechnen, wohl aber mit einem gewissen Stillstand bei lebhaften Zu- und Abgängen.

## Die „Italia“-Mannschaft in höchster Not

Wie das Unglück geschah

Berlin, 13. Juni. Es liegen nunmehr sowohl aus Rinsbach wie aus Rom nähere Mitteilungen über die Katastrophe der „Italia“. Danach flog die Italia am 25. Mai vor-mittags regelmäßig in 500 Meter Höhe. Plötzlich begann das Luftschiff, wie von ei-



## Ein seltenes Mißgeschick

passierte dem Norweger Hoff bei einem Stabprungs-Wettbewerb. Mitten im Sprung brach die Stange, und Hoff stürzte aus einer nicht unbeträchtlichen Höhe. Glück dagegen hatte der Photograph, der Hoff beim Sprung knipfen wollte, und der zu einer wirklich seltenen Aufnahme kam, die ihm nicht so leicht wieder gelingen dürfte.

ner schweren Last gedrückt, zu stürzen, ohne daß der Sturz aufgehalten werden konnte, und das Luftschiff wurde auf das Eis niedergeschmettert. Die Rabinen und ein Teil des darüberliegenden Gerüsts wurden zertrümmert, während das Luftschiff vom Winde gehoben und weiter getragen wurde, glücklicherweise fanden sich auf dem Eise durch ein Wunder alle jene am Leben, die in der Kabine waren. Außerdem blieb fast alles in der Kabine aufbewahrt. Material auf dem Boden liegen. Am Abend des 30. Mai machten sich die Navigationsoffiziere Korvettenkapitän Marino und Janni sowie der schwedische Meteorologe Prof. Malmgreen, 12 Kilometer von der Insel Föyn entfernt, auf den Weg, um das Nordkap zu erreichen.

Nach den letzten Nachrichten aus Rinsbach ist die Lage Nobles nahezu hoffnungslos. Während von der einen Eisküste, auf der sich Nobile mit fünf Mann befindet, ununterbrochen Hilferufe eintreffen, ist die andere Küste mit dem Luftschiff und sieben Mann vom Winde abgetrieben worden und spurlos verschwunden. Auch von der dritten Gruppe, bestehend aus drei Mann, die ebenfalls auf einer Eisküste abgetrieben wurde, fehlt jede Nachricht.

## Die Rettungsversuche

Stockholm, 13. Juni. Die schwedische Regierung hat den Flieger Flomann beauftragt, ein dreimotoriges Flugzeug für den Flug nach Spitzbergen bereit zu stellen, das sich der schwedischen Hilfs- und Rettungsflotte anschließen soll. Die beiden schwedischen Hilfsdampfer befinden sich auf dem Wege nach Spitzbergen. — Der gestern in Kopenhagen eingetroffene italienische Flieger Madalena ist mit seiner Savoia-Maschine heute weiter geflogen. Er will über Stockholm und Vadso nach Rinsbach fliegen, wo er Donnerstag nacht eintreffen gedenkt. Das schwedische Kriegsministerium beschloß, noch ein weiteres Flugzeug zur Hilfeleistung auszusenden und zwar ein dreimotoriges Maschine namens „Upland“, die von dem Sergeanten Nilsson geführt wird und einen Funktelegrafen an Bord haben soll. Ihr Aktionsradius ist 1800 Kilometer.

## Westdeutschland.

Nachrichten: (Ankündigung im Nacheren Beir.) Der Regierungspräsident von Nacheren empfing dieser Tage die Vertreter der Kreise und Behörden, um mit diesen das Gutachten des Verbandsdirektors Dr. Schmidt (Essen) über die kommunale Neuorganisation des Regierungsbezirks Nacheren zu besprechen. Auf das Gutachten selbst ging der Regierungspräsident nicht ein, sondern er brachte nur einige Mitteilungen dazu zum Ausdruck. Wie die „Nachrichten“ aus privater Quelle erfahren, soll das Gutachten folgende Vorschläge enthalten: Der Kreis Nacheren wird aufgeteilt, und zwar unter die Kreise Guskirchen, Jülich und Nacheren-Land. Der Kreis Nacheren soll nämlich zum Regierungsbezirk Nacheren hinzugezogen werden. Die restlichen Teile des Kreises Nacheren kommen also zum Kreis Jülich und zum Großkreis Nacheren-Land. Ferner wird der Kreis Gellertshagen aufgeteilt, und zwar soll der südliche, der industrielle Teil, zum Kreis Nacheren geschlagen werden. Der nördliche Teil des Kreises Gellertshagen wird mit den Kreisen Heinsberg und Eifel in einem neuen Großkreis vereinigt. Was die Stadt Nacheren selbst angeht, so soll sie vergrößert werden um das Gebiet der Gemeinden Haaren, Laurensberg, Eifelndorf, aber ohne Alf und Brand. Außerdem soll der größte Teil der Stadt Würfelenn zu Nacheren kommen.

Vingen: (Großfeuer in Vingen.) In Gausheim im Kreis Vingen verbrannte auf dem großen Holzlagerplatz der Firma Gebrüder Himmelsbach ein Großfeuer einen beträchtlichen Teil der Holzvorräte. Die Eisenbahnstrecke Vingen-Mainz mußte zeitweise gesperrt werden. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt.

Pengerich: Einem Schurkenreiche aller gemeiner Art ist hier der Schimmel des Kolonnen Klinker in der Bauerschaft zum Opfer gefallen. Als der Bauer morgens zu seinem Tier auf die Weide kam, mußte er feststellen, daß dem armen Tier von Schurkenhand die Zunge aus dem Halse geschitten war. An anderer Stelle fand man das brennende Jungeschild im Grase liegen. Unschwer liegt hier ein ganz niederträchtiger Missetat vor. Das Tier mußte natürlich abgeschlachtet werden.

Duisburg: (Ein Erbschaftsbetrug.) Die Kriminalpolizei hat einen Bergwäldchen von hier sowie dessen Sohn festgenommen, die mehrere hiesige und auswärtige Personen unter der Vorspiegelung, eine Erbschaft von 13 Millionen Dollar gemacht zu haben, geschädigt haben. Ein hiesiger Beamter hat den Betrügern 1500 Mark, ein anderer 1000 Mk. vorgezahlt. Ein Eisenbahnbeamter und ein Wirt nahmen die Betrüger in ihre Wohnungen auf gegen das Versprechen eines Hypothekendarlehens. Eine Hypothek von 50 000 Mark war bereits schon notariell beurkundet worden.

Duisburg: (Ein Kampf im Kanal.) In der Nacht zum Mittwoch gegen 12.30 Uhr wurde ein Schiffer auf dem Nachhausewege zu seinem Kahn von sechs Männern ohne Grund überfallen und in den Kanal geworfen. Während des Fallens riß er einen der Angreifer mit ins Wasser. Hier entspann sich nach Aussagen des Überfallenen ein Kampf von ungefähr 10 Minuten, wobei sich der überfallene Schiffer von dem Angreifer losreißen konnte. Er schwamm ans Ufer und flüchtete auf seinen ungefähr 100 Meter entfernt liegenden Kahn. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Düsseldorf: (Bau einer neuen Kraftwagenstraße von Köln nach Bonn.) Wie der Landeshauptmann schon bei der Tagung des letzten Provinziallandtages mitteilte, plant die Provinzialverwaltung den Bau einer neuen Kraftwagenstraße von Köln nach Bonn. In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses ist beschloffen worden, für den Bau der Straße das Enteignungsrecht zu beantragen. Daß sie einem dringenden Bedürfnis entspricht, hat der Verkehr an den Pfingsttagen erwiesen. Zur Zeit des Spigenverkehrs wurden stündlich über 1000 Kraftwagen gezählt, die besonders in den Ortskernen den Verkehr von einer zur anderen Straßenseite ohne Lebensgefahr zeitweise unmöglich machten. Zunächst soll deshalb eine etwa 7 Kilometer lange Umgehungsstraße um die Dörfer Gedorf, Wesseling in Angriff genommen werden.

## Hochzeitsreise — Zauberwort —

für viele wunderschön und unvergänglich — die entzückende Ouvertüre zu den Fitterwochen, durch die zwei Menschen in den Zauberkreis der jungen Ehe eintreten. Die glückliche Zeit ist jedoch schnell vorbei und die Hochzeitsreise wird bald ein Erlebnis, an das die Ehepaare in zärtlicher Erinnerung zurückdenken. Zufriedene Stunden werden aber immer wiederkehren, wenn es verstanden wird, sich in glücklicher Harmonie gegenseitig zu dienen. Ein guter Ratgeber in vielen Fragen der Hauswirtschaft will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden das soeben erschienene Dr. Oetker's Schul-kochbuch, Ausgabe C sein, das die heute veränderten Verhältnisse sowie die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft berücksichtigt. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 600 Koch-, Back- und Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch in dauerhaftem Pappband ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken von mir portofrei zu beziehen.

Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben.

Viele neue und wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen außerdem das neue farbig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können.

Dr. August Oetker, Bielefeld

Damit ha-  
gründet. Es  
daß an seiner  
den, die spä-  
Domkapitular  
von 1886 bis  
und Rappan  
1893 bis 18

Als der B-  
die Zahl der  
katholischen  
he erreicht, d-  
bessern Verfo-  
dringend wil-  
Durch die G-  
hatten die B-  
die Rechte der  
ten waren un-  
benzen befän-  
bekommen, d-  
meiniam Um-

Arzene gegen sich selbst

Die meisten Menschen denken, daß Arznei gegen sich selbst...  
Arzenei gegen sich selbst...  
Arzenei gegen sich selbst...

Seifenblasen

Sie tun sich ungeheuer wichtig, die "Seifenblasen", die ja...  
Seifenblasen...  
Seifenblasen...

Dantes Mitterel

Liedesang. Als der berühmte Chemiker...  
Dantes Mitterel...  
Dantes Mitterel...

Melung verlor das fähig der Millionär...  
Melung verlor das fähig der Millionär...  
Melung verlor das fähig der Millionär...

Der Winkbold

Zur Fierde der Stadt. In einer Kleinstadt der Provinz...  
Der Winkbold...  
Der Winkbold...

Rästel-Ged.

Einjam, aber die nicht...  
Rästel-Ged...  
Rästel-Ged...

Ausstellungen aus letzter Nummer...  
Ausstellungen aus letzter Nummer...  
Ausstellungen aus letzter Nummer...

Der Familienfreund

Unterhaltungsbeilage zur "Brüder Zeitung"  
Druck und Verlag: Brüder Zeitung, Buchdruckerei Peter Becker & Co. m. b. H.

Die Erben des Grafen Reydorf

Roman von Hanns Heidsieck

1. Fortsetzung.  
"Ich bin", erwiderte er, "bei dem Grafen Hausarzt ge...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Da weißt, daß ich immer schon leidend war. Der plötz...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Da weißt, daß ich immer schon leidend war. Der plötz...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Da weißt, daß ich immer schon leidend war. Der plötz...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Da weißt, daß ich immer schon leidend war. Der plötz...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Da weißt, daß ich immer schon leidend war. Der plötz...  
Die Erben des Grafen Reydorf...

Gott für mich, ihr, die ihr die Klumpen treibet, und die ihr die Stacheln erlöset — Pflanze die Grinde, sehet euch an Belsen; denn Isteßlich müßt ihr mir doch nachfolgen.“

heit. Und sie dient damit vor allem der ewigen  
Wacht, auf der am letzten Ende unser ganzes gesellschaft-  
liches Leben beruht: der gegenseitigen Anziehung der Ge-  
sellschaft.

